

Betreff:

Situation von Dementen und Demenzdorf als Tagesordnungspunkt im Ausschuss für Soziales und Gesundheit

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

05.06.2021

Beratungsfolge:

Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Entscheidung)

17.06.2021

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit einen Tagesordnungspunkt „Situation von Dementen und mögliche Einrichtung eines Demenzdorfs“ vorzusehen und dazu Vertreter der Julius Töneböen Stiftung aus Hameln sowie weiterer Träger von Demenzdörfern und Demenz-Wohngemeinschaften eingeladen. Dabei sollen sie über die Einrichtungen sowie die Herausforderungen und Problemstellungen bei der Initiierung und beim Betrieb der Einrichtungen zu Berichten und erkannte Verbesserungsmöglichkeiten bei der Errichtung neuer Einrichtungen berichten. Die Vertreter sollen gegebenenfalls virtuell zugeschaltet werden.

Darüber hinaus sollen im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes die Träger von Dementeneinrichtungen aller Art in Braunschweig über Bedarfe für Demente und Angehörige von Dementen in unserer Stadt berichten. Dabei sollen auch Träger aus dem Umland Braunschweigs berücksichtigt und eingeladen werden. Die Berichtenden sollen auch gebeten werden besonders auf die zukünftigen Herausforderungen für die Betreuung von Dementen einzugehen.

Sachverhalt:

„Demenz zählt nicht nur zu den großen medizinischen Herausforderungen dieses Jahrhunderts. Auch die Politik und die Gesellschaft sind gefordert, die aus dieser Erkrankung resultierenden Aufgaben im Interesse der Erkrankten und deren Angehörigen zu lösen.“ – So begrüßte die Stadt Braunschweig im Prospekt der Alzheimer Gesellschaft Braunschweig den 20. Braunschweiger Alzheimer Tag im Jahr 2018.

Seitdem hat sich vor allem die CDU-Fraktion wiederholt mit der Thematik befasst, unter anderem mit der Anfrage „Demenz Erkrankte in Braunschweig“ (DS.-Nr. 20-14687 sowie Antwort der Verwaltung DS.-Nr. 20-14687-01) in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am 19. November des vergangenen Jahres. Darüber hinaus wurde in einer Anfrage außerhalb von Sitzungen im April dieses Jahres („Demenzgerechte alternative Lebensräume“, DS.-Nr. 21-14752) ebenfalls dieses wichtige Zukunftsthema bearbeitet.

Aus den Antworten geht hervor, dass „die Verwaltung innovativen Ansätzen in der Versorgung von Betroffenen offen gegenüber“ steht. Nicht nachzuvollziehen ist gleichwohl, warum es angesichts der Dynamik bei der Zunahme Erkrankter weder eine Bedarfsanalyse noch Planungen für eine entsprechende Datenbank gibt. Dafür ausschließlich die nicht bekannte Nachfrage von Betreuungsplätzen aus dem Umland verantwortlich zu machen, ist wenig zielführend.

Wenn sich die Stadt Braunschweig aber, wie im oben genannten Prospekt der Alzheimer Gesellschaft ebenfalls hervorgehoben, der Verantwortung für den gesellschaftlichen Auftrag bewusst ist, dann müssen jetzt konkrete Datenerhebungen stattfinden, um für die Zukunft angemessen aufgestellt zu sein.

Aus einem kürzlich geführten Gespräch u.a. mit Braunschweiger Vertretern von Alzheimer Gesellschaft und Angehörigen von Betroffenen lässt sich klar ableiten, dass sowohl ein Dementendorf als auch ein oder mehrere Dementen-WGs die Versorgungslandschaft mittel bis langfristig bereichern und abrunden könnten. Um allen Mitgliedern des Ausschusses für Soziales und Gesundheit den gleichen Informationsstand zu bringen und weitergehende Diskussionen zu ermöglichen, soll in der nächsten regulären Sitzung ein entsprechender Tagesordnungspunkt anberaumt werden.

Anlagen:

keine